

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/68

Bonn, den 7. April 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>"Marschroute" für Verhandlungen Bonn - Paris</u> Breite parlamentarische Rückendeckung notwendig	19
1	<u>Prinzipien wichtiger als Geld</u> Indien und die Sowjetzone	23
2	<u>Bundesregierung wieder einmal unglaubwürdig</u> Schmücker und die höheren Kohlefrachten Von Herbert Berneitinger, Bonn	51
3	<u>Der Fußgänger auf der Straße</u> Sorge um die Sicherheit Von H. G. Ritzel	47
4 - 5	<u>Volksheld Jugoslawiens verläßt Titos Partei</u> Mitgliederstruktur des "Bund der Kommunisten" verändert sich Weniger Arbeiter - mehr Bürokraten	95
6 - 7	<u>"Anmerkungen zu Marx - heute"</u> Bemerkungen zu einem Buch von Fritz Sternberg Dr. Alex Möller, MdB	108

+ + +

"Marschroute" für Verhandlungen Bonn - Paris

Breite parlamentarische Rückendeckung notwendig

sp - Es ist sicher gut, daß die Bundesregierung jetzt schon - zehn Tage vor dem Besuch des französischen Außenministers in Bonn - zu erkennen gegeben hat, wie sie den Absichten de Gaulles in bezug auf die NATO zu begegnen gedenkt. Die sechsstündige Kabinettsdiskussion läßt darauf schließen, daß die einzelnen Minister unterschiedlicher Meinung waren; man kann also die am Mittwoch veröffentlichte Absichtserklärung der Bundesregierung als einen Minister-Kompromiß werten. Dem Vernehmen nach sollen die der CSU angehörenden Bundesminister bei den Beratungen versucht haben, Bohn auf die Linie ihres Parteivorsitzenden Strauß zu bringen, der schon mehrfach gefordert hat, die Bundesrepublik müsse ihre Verteidigung mit Frankreich koppeln. Nach Lage der Dinge wird die gegenwärtige Koalitionsregierung auch das Gespräch mit der französischen Regierung nicht im Sinne einer Politik der Atlantischen Partnerschaft durchstehen können, wenn sie sich nicht darum bemüht, für ihre gestern festgelegte "Marschroute" eine möglichst breite parlamentarische Rückendeckung zu finden. Auch in diesem Falle zeigt es sich - ähnlich wie bei der Deutschlandpolitik - wie klein der Spielraum für die Diskussion über die wirkungsvolle Vertretung deutscher Interessen geworden ist, seitdem sich frühere Vorstellungen als Illusionen erwiesen haben.

* * *

Prinzipien wichtiger als Geld

Indien und die Sowjetzone

ler - Für Geld ist nicht alles zu haben; auch das gibt es noch. Millionen Inder hungern. Indien braucht Hilfe, es kann aus eigener Kraft mit seinen Nöten nicht fertig werden. Es ist auf Unterstützung zur Bekämpfung der Hungersnot, ausgelöst durch die schlimmste Dürre seit 100 Jahren, angewiesen. Indien nimmt jede Hilfe an, sofern diese nicht mit der Preisgabe von Prinzipien verbunden ist. Schon seit Jahren lag der indischen Regierung ein Kreditangebot der Sowjetzone in der Höhe von 182 Millionen DM vor, gewiß kein Pappenstiel. Pankow hat vor Monaten dieses Angebot erneuert, allerdings die Bedingung daran geknüpft, die Verhandlungen sollten auf Regierungsebene geführt werden, wohl in der Hoffnung, damit in seinen Bemühungen, internationale Anerkennung zu finden, ein Stück voranzukommen. Zwischen Neu-Delhi und Pankow bestehen keine diplomatischen Beziehungen. Eben dies war für die indische Regierung genügender Anlaß, das Kreditangebot der Sowjetzone abzulehnen, weil Indien - so sagte Außenminister Singh - eine Lösung vorziehe, die zur deutschen Wiedervereinigung führe. Indien benötige zwar Devisen und Kredite, aber "was immer unsere Schwierigkeiten sein mögen, sollten wir unsere Prinzipien nicht für Geld aufgeben. Wir können keine Anerkennung allein der Hilfe wegen aussprechen".

Für Pankow mag dies eine bittere Enttäuschung sein. Diese Abfuhr hatte es wohl nicht erwartet. Ein Bravo dem indischen Außenminister und dem indischen Parlament; sie haben in ungewöhnlicher Lage politische Charakterstärke bewiesen.

* * *

Bundesregierung wieder einmal unglaubwürdig

Von Herbert Bermeitinger, Bonn

Der CDU-Abgeordnete Brand hat bei der Begründung der Großen Anfrage der CDU/CSU und der FDP auf die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung zur Überwindung der Krise im Steinkohlenbergbau hingewiesen; so auch auf die "Verbilligung des Kohletransportes über die Frachthilfe" des Bundes. Mit der Aufzählung des Kataloges wirksamer und weniger wirksamer, insgesamt aber doch offensichtlich nicht ausreichender Maßnahmen wollte der Koalitionssprecher, wie er selbst sagte, "die absurde Behauptung (zu) entkräften, die Regierung habe die Dinge einfach treiben lassen..."

Auch Minister Schmücker verwies wiederholt auf die Frachthilfen zugunsten der Kohle, vor allem auch mit dem Hinweis, daß durch die Frachtverbilligungen und Tarifmaßnahmen ein Rückgang der Kohlepreise in den revierfernen Gebieten erreicht worden sei. Andererseits gestand der Wirtschaftsminister in der Kohledebatte aber auch ein, daß die Wirkungsmöglichkeiten des Gesetzes zur Förderung der Verwendung von Steinkohle vom 12. August 1965 wegen der gegenwärtigen Preisverhältnisse eingeschränkt seien. Wesentliche Impulse seien aber bei günstigen Transportentfernungen zu erwarten.

Alle diese Äußerungen fielen am 16. März dieses Jahres, in der großen Bundestagsdebatte um die Krise des deutschen Steinkohle-Bergbaus. Alle Ankündigungen der Regierung und der Koalitionsparteien, vor allem eine Absatzsicherung zu erreichen, sind schon wenige Tage später unglaubwürdig geworden. Zum 1. April 1966 sind erhebliche Tarifierhöhungen der Deutschen Bundesbahn in Kraft getreten, die die Konkurrenzfähigkeit der Kohle, namentlich in revierfernen Gebieten, erneut und schwer beeinträchtigen.

Der gleiche Bundeswirtschaftsminister, der in seiner Rede wiederholt die Bedeutung der Frachthilfen für den Bergbau und die Großverbraucher in den revierfernen Gebieten unterstrichen hatte, versäumte es, rechtzeitig den drohenden Auswirkungen der Frachterhöhungen entgegenzutreten. Das Bundeskabinett, auch Herr Schmücker, stimmten bereits im Januar den Tarifanträgen der DB "im Grundsatz" zu. Bundesregierung und Wirtschaftsminister ließen die Fristen verstreichen, die es ermöglicht hätten, den Tarifierhöhungen ganz oder teilweise entgegenzutreten. Aber das Wirtschaftsministerium versäumte es auch und vor allem, in Benchmark mit dem Bundesfinanzministerium auf eine rechtzeitige Erhöhung der Frachthilfen ab 1. April zu drängen, da auf der Hand lag, daß die bereitgestellten Mittel in keiner Weise ausreichen würden.

Hier zeigt sich genau das, was der CDU-Abgeordnete Brand so nachdrücklich bestritten hatte: daß die Regierung die Dinge allzuoft - und diesmal sogar auf dem Höhepunkt der Steinkohlen-Krise - einfach treiben läßt. Wenn sich jetzt das Wirtschaftsministerium damit herauszureden versucht, es sei vom Verkehrsminister Seeborn "überfahren" worden, so trifft dies nicht zu. Die Tarifierhöhungen und damit auch die möglichen Auswirkungen auf die Kohle waren schon seit Monaten bekannt.

Minister Schmücker hat zwar auf seinen Kollegen Seeborn im letzten Augenblick noch mit der Begründung einzuwirken versucht, er drohe in der Öffentlichkeit unglaubwürdig zu werden. Wir meinen, der Bundeswirtschaftsminister, der noch am 16. März im Bundestag kein Wort von der drohenden neuen Belastung für die Kohle sagte, ist bereits unglaubwürdig geworden. Und mit ihm der Bundeskanzler, der es im Widerstreit der Ministerien einmal mehr versäumt hat, ganz klar die Richtlinienkompetenz wahrzunehmen.

Der Fußgänger auf der Straße

Sorge um die Sicherheit

Von H.G. Ritzel

Die Sorge um die Sicherheit der Fußgänger wird immer dringlicher. Für die Schulkinder, die auf ihrem Wege zur Schule und von der Schule nach Hause verkehrsreiche Straßen und Plätze benutzen müssen, geschieht im Rahmen des Möglichen vieles, was zur Verkehrserziehung unserer Jugend dienen kann. Kleine Verkehrspiloten üben ihr Amt mit Würde und Strenge aus. Verkehrsschulgärten sorgen für die elementarsten Kenntnisse zur Sicherung eines angemessenen Verhaltens für jugendliche Radfahrer und Fußgänger. Die Hoffnung ist begründet, daß unsere Jugend auf dem Gebiete des öffentlichen Verkehrs die Zeichen der Zeit und die Notwendigkeit einer genügenden Verkehrsdisziplin erkennt und sich entsprechend einstellt.

Von den Kinderschuhern entwachsenen jungen Menschen und vor allem von älteren Frauen und Männern kann man scheinbar eine solche Verkehrsdisziplin nicht erwarten. Der hessische Innenminister Heinrich Schneider hat im Rahmen einer Sonderaktion der Polizei, die in 50 hessischen Städten und Gemeinden an zwei Tagen zu je zwei Stunden gleichzeitig durchgeführt wurde, unter Einsatz von 150 Polizisten, davon 100 in Zivil, 200 Fußgängerüberwege überwachen lassen. Das Ergebnis ist erschütternd als Beweis für den Mangel an Verkehrsdisziplin und für die Leichtfertigkeit, mit der erwachsene Menschen Gesundheit und Leben aufs Spiel setzen.

Nach den polizeilichen Feststellungen gingen während der kontrollierten vier Stunden an 200 Fußgängerüberwegen 7500 Fußgänger bei "Rot" über die Kreuzungen. Sie nahmen dabei weder Rücksicht auf sich selbst noch auf den fließenden Verkehr, von dem man selbstverständlich jede denkbare Rücksicht auf Fußgänger erwarten darf, der aber seinerseits ebenfalls berechtigt ist, von den Verkehrsteilnehmern zu Fuß die elementarste Rücksicht durch Beachtung der roten Ampelwarnungen zu erwarten. Der Automobilist ist nach den geltenden Bestimmungen verpflichtet, sein Verhalten so einzurichten, daß er gegenüber den Fußgängern die größte Sorgfalt walten läßt. Er macht sich strafbar, wenn ihm der Richter irgendeine Verletzung seiner Sorgfaltspflicht nachweisen kann. Aber der Automobilfahrer darf andererseits auch annehmen, daß für ihn und sein Fahrzeug der Weg frei ist, wenn die Ampel für ihn "Grün" zeigt und für den Fußgänger "Rot".

Wieviel Leid, Schmerz und unnötiger Verlust der Arbeitskraft könnte vermieden werden, wenn sich Fußgänger und Autofahrer den notwendigen Anordnungen der Behörden zur Regelung des Verkehrs unterordnen wollten. Leichtsinnigkeit oder Kraftmeierei können in solchen Fällen unter gleichzeitigem Verlust von Ver- sicherungsleistungen nur zu den schwersten aber wirklich vermeid- baren Folgen führen.

Volksheld Jugoslawiens verläßt Titos Partei

Mitgliederstruktur des "Bund der Kommunisten" verändert sich
Weniger Arbeiter - mehr Bürokraten

In Belgrad flog wieder einmal ein Parteibuch auf den Tisch. Es handelte sich nicht um irgendeines, denn sein ehemaliger Besitzer ist einer der letzten "Volkshelden" und somit Gegenstand allgemeiner Verehrung. Miloje Milojević wurde 1912 als Sohn einer armen Bauernfamilie geboren und ging sofort zum Militär, wie sein Vetter zur Gendarmerie ging. Viel anderes blieb den jungen Leuten vom Dorfe damals nicht übrig, wenn sie vorwärts kommen wollten. Die Laufbahn Miloje Milojevićs drohte in einer Schreibstube zu enden, als der Zweite Weltkrieg ausbrach und Jugoslawien von den Deutschen besetzt wurde. Milojević schloß sich, im Gegensatz zu seinem Vetter, für den er später kein Bedauern fand, sofort den Partisanen an und erlebte hier einen geradezu stürmischen Aufstieg. 1943 gehörte er bereits zu den wenigen von Tito auserwählten Männern, die in Kairo über die britische Militärhilfe für die jugoslawische Partisanenbewegung verhandeln durften.

No. 629 666 antwortet nicht

Als Belgrad durch die Truppen des sowjetischen Generals Birjuszow und des jugoslawischen Partisanenführers Koca Popović befreit wurde, stand Miloje Milojević mit an erster Stelle. Als Lohn wurde ihm nach dem Kriege das Kommando über die wichtige Belgrader Garnison anvertraut. Der zweimal schwer verwundete Mann genoß das uneingeschränkte Vertrauen Titos und konnte schließlich, hoch geehrt und im Range eines Generalobersten, in Pension gehen. Er trat zunächst an die Spitze des jugoslawischen Kriegsinvalidenverbandes und wurde später Vizepräsident des internationalen Frontkämpferverbandes. Auf die Frage, ob Miloje Milojević nunmehr kein Kommunist mehr sei oder nur auf die Mitgliedschaft "im Bund der Kommunisten Jugoslawiens" verzichtet habe, erhielt man bei der Belgrader Telefonnummer 629 666 keine Antwort. Der "Bund der Kämpfer Jugoslawiens" legt, hört er den Namen Miloje Milojević, neuerdings den Hörer auf. So bleibt man im Unklaren darüber, warum Milojević sein Parteibuch nicht mehr haben wollte. Festzustellen bleibt jedoch, daß er keine Ausnahme ist.

Zahlen und Widersprüche

Der "Bund der Kommunisten Jugoslawiens" hat heute rund 1,03 Millionen Mitglieder, aber seit Jahren stagniert diese Zahl. Das ist etwas erstaunlich, denn die regionalen Parteiorganisationen melden von Fall zu Fall recht beachtliche Zugangszahlen. Aus der autonomen Provinz Wojwodina zum Beispiel hört man von jährlich durchschnittlich etwa 7.000 Mitgliedern, aus der Sozialistischen Republik Kroatien immerhin noch von 6.000. Auf die jugoslawische Gesamtbevölkerung umgerechnet müßte sich also der Mitgliedsstand des "Bund der Kommunisten Jugoslawiens" jährlich um mindestens 25.000, wenn

nicht sogar um 70 000 erhöhen, wovon aber gar keine Rede sein kann. In Wirklichkeit wächst die Zahl der jugoslawischen Parteimitglieder jährlich nur um rund 3 000.

Dieser scheinbare Widerspruch kann auch nicht mit einem hohen Durchschnittsalter der Parteimitglieder erklärt werden, so daß man enorm hohe Sterblichkeitsziffern berücksichtigen müßte. Nur vier Prozent der Mitglieder sind älter als 56 Jahre. Andererseits gehört mehr als die Hälfte der Neuaufgenommenen zur Jugend bis zum Alter von 25 Jahren. Aber gerade diese letzten Zahlen führen zur Lösung des Rätsels: Vor allem Jugendliche treten in großen Massen der Partei bei, um sie dann wieder zum größten Teil zu verlassen. Und das ist ganz erklärlich: Schulzeugnisse, Stipendien und Posten, die Karriere versprechen, sind nur mit dem Parteibuch zu erlangen. Schafft man es dennoch nicht, dann tritt man enttäuscht wieder aus.

Bürokraten treten an Stelle der Arbeiter

Das bedeutet nicht nur, daß die jugoslawische Partei unter enormen starken Fluktuationen leidet, es bedeutet auch, daß die Partei immer mehr zu einer Interessenvereinigung der Erfolgreichen wird. Ein Blick in die Parteistatistik beweist das eindeutig: Die Zahl der Fabrikarbeiter, die der Partei beitreten, sinkt von Jahr zu Jahr. Auch der Anteil der Bauern an der Mitgliedschaft geht zurück. Hingegen steigt der Anteil der Verwaltungsangehörigen, derjenigen also, die in Jugoslawien zur bevorzugten Schreibtischkaste gehören. Diese Kaste möchte in der Partei möglichst unter sich sein, und so kommt es dann zum Beispiel vor, daß von 19 Kommunisten, die aus dem "Bund" in Iljasch (Bosnien) ausgeschlossen wurden, nur einer ein Angestellter, alle anderen aber Arbeiter sind. Die Struktur des dortigen Parteiverbandes besagt dann auch alles übrige: Nur 14 Prozent der Arbeiter jenes Bezirkes gehören der Partei an, aber 47 Prozent aller Angestellten. Von den Eisenbahnern der bosnischen Hauptstadt Serajewo ist nur jeder vierzehnte Parteimitglied, von den Angestellten aber jeder Dritte. Und von den 5 740 aus Kroatien gemeldeten Neumitgliedern sind nur 525 Arbeiter.

Volkshelden ins Lesebuch verbannt

Die Verwaltungskaste, von Milovan Djilas als "neue Klasse" bezeichnet, hat sich also der Partei bemächtigt und ist an deren ursprünglichen Zielen kaum interessiert. So kommt es dann zu Erscheinungen wie in Waljewe, wo von 320 KP-Mitgliedern nur noch 128 an den Wahlen der Leitungsorgane teilnehmen und von diesem kleinen Teil auch noch 20 vor Schluß der Sitzung verschwanden.

Die jugoslawische Partei besteht nur noch zu sieben Prozent aus Mitgliedern, die vor 1945 eingetreten sind. Sie ergänzt sich nur mehr durch Leute, die Karriere machen wollen und dieses auch mit Hilfe der Partei erreichen und bietet somit für Leute wie Miloje Milojević keinen Platz mehr.

Die Volkshelden werden in die Lesebücher verbannt.

Buchbesprechung: "Anmerkungen zu Marx - heute"

"Bemerkungen zu einem Buch von Fritz Sternberg

Dr. Alex Möller, MdB

Unter diesem Titel veröffentlicht die Europäische Verlagsanstalt zwei Aufsätze des 1963 in Amerika verstorbenen und von mir sehr geschätzten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlers Fritz Sternberg. In seinen Arbeiten hat Sternberg sich eingehend mit der Entwicklung des Kapitalismus beschäftigt und sich dabei als ein hervorragender Kenner des marxistischen Gedankenguts zum Problem des Imperialismus erwiesen.

Der Ausgangspunkt des ersten Aufsatzes ist die marxistische Verelendungstheorie: die kapitalistische Produktion habe die Tendenz, den durchschnittlichen Normallohn zu senken, d.h. den Wert der Arbeit mehr oder weniger auf seine Minimumgrenze zu drücken. Sternberg gelangt zu der Feststellung, daß die konkreten, statistisch feststellbaren Tatbestände in den vergangenen 100 Jahren die Marxschen Prognosen von der industriellen Reservearmee und von dem durch sie bewirkten Absinken des durchschnittlichen Reallohns nicht rechtfertigen. Aber auch alle literarischen Bemühungen von sozialistischer Seite, diese für die Marxsche Gesamtkonzeption grundlegende These irgendwie durch Erweiterungen oder Einschränkungen zu rechtfertigen, sieht Sternberg als vergebliche Versuche an. Interessant ist die Darstellung dieser Hilfsbegründungen durch den Verfasser; sei es nun die These Lenins von dem Unterschied zwischen der breiten Masse der Arbeiterklasse und der "korrupten" Oberschicht der Arbeiteraristokratie oder die Übertragung dieser These auf ganze Länder durch Bucharin. Das Argument von der (nur) "relativen" Verelendung der Arbeiterklasse, also von dem Zurückbleiben der durchschnittlichen Reallohne gegenüber der sonstigen Einkommensentwicklung, ist nach Sternbergs Ansicht in längeren Perioden gemessen unzutreffend und widerspricht den eindeutigen Behauptungen im "Kapital".

Es ist überraschend, was Sternberg von der Imperialismustheorie noch gelten läßt. Immerhin spielte vor wenigen Jahrzehnten das Argument, der Zusammenbruch des Kapitalismus sei durch die Möglichkeit des Warenabsatzes in den Kolonialländern und die Ausbeutung dieser Länder hinausgezögert worden, noch eine entscheidende Rolle in der sozialistischen Theorie und Praxis. Nach Sternbergs Darstellung ist die Freisetzungswirkung der kapitalistischen Produktionsweise zu Lebzeiten von Marx durch verschiedene Faktoren verstärkt worden. Nachdem die Zuwanderung vom Lande in die Städte nachgelassen hatte und das Arbeitskräfteangebot durch die Auswanderung nach Übersee gemindert wurde, hatte auch Ausmaß und Tempo der Entwicklung des Außenhandels mit souveränen Staaten und Kolonialländern die Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten beseitigt bzw. verringert. Der wirtschaftlichen Expansion auf die Außenmärkte kommt bei Sternberg nur noch die Rolle einer Initialzündung für einen Prozeß zu, der über die Steigerung der Produktion im Inland und zunehmende Beschäftigung mit wachsenden Löhnen zu einer großen Ausdehnung der Binnenmärkte führt.

Ungünstige Auswirkungen der ständigen Mechanisierung der Produktionsweise auf den Arbeitsmarkt würden seit dem Ersten Weltkrieg durch das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft und die stärkere Position der Gewerkschaften gemildert. Wenn auch in den entwickelten Industriestaaten selbst keine Polarisierung der Gesellschaft nach dem Lebensstandard festzustellen sei, so zeigt nach der Ansicht des Verfassers eine Analyse der kapitalistischen Produktion in ihren globalen Auswirkungen,

daß eine internationale Polarisierung eingetreten ist: das Stagnieren oder Absinken des Lebensstandards in den Kolonialländern im Gegensatz zu dem Ansteigen in den Industriestaaten.

Nach der theoretischen Analyse setzt Sternberg seine Vorstellung mit programmatischen Ausführungen fort. Um eine schwere soziale Explosion zu vermeiden, müsse für eine etwa gleich große Steigerung der Produktivität und des durchschnittlichen Lebensstandards in den Entwicklungsländern gesorgt werden. Das sei aber nur über eine Erweiterung des Außenhandels mit diesen Ländern und auch nur dann möglich, wenn der Import von Industrieprodukten dieser Länder in die alten Industriestaaten ganz erheblich gesteigert würde. Da dieses aber nicht ohne Rückwirkung auf die Arbeitsmärkte der alten Industriestaaten bleiben könne, müsse hier der Staat durch vorausschauende Hilfe und Planung die Umgestaltungsprozesse so rechtzeitig einleiten, daß schwere soziale Krisen möglichst vermieden werden.

Die provozierende Überschrift des zweiten Aufsatzes - "Wusste Marx, wann er lebte?" - zielt auf die Feststellung Sternbergs ab, daß Marx zwar die ungeheure Überlegenheit der kapitalistischen gegenüber der vor-kapitalistischen feudalen Produktionsweise betont und direkt gefeiert hat, aber das Entwicklungsstadium des Kapitalismus, in dem er lebte, nicht ausreichend zu erkennen vermochte. Was Marx für die Endphase des Kapitalismus hielt, war nur die Anfangszeit der großindustriellen Produktion. Mancherlei, so meint Sternberg, spricht allerdings dafür, daß Marx in den späteren Jahren nicht mehr so selbstverständlich davon überzeugt war, daß er selbst noch den Sieg des Sozialismus erleben werde.

Sternberg geht auf zwei Punkte ein, bei denen seiner Ansicht nach die Marxschen Gedanken noch nicht mit ihrem wirklichen Gewicht erkannt werden. Das ist einmal die Vorhersage, in der kapitalistischen Entwicklung werde ein Stadium eintreten, in dem die Produktivität der Industrie einen gewissen Höhepunkt erreichen und hinter der Produktivität in der Landwirtschaft zurückbleiben werde. - Hier müssen allerdings gegenüber der These Sternbergs, wir seien jetzt zu diesem Zeitpunkt gelangt, erhebliche Bedenken angemeldet werden. Es spricht vieles dafür, daß Marx einfach von der kapitalistischen Industrie einen Produktivitätsfortschritt von einer solchen Dauer und so großen Ausmaß nicht mehr erwartet hat.

In einem weiteren Punkt macht Sternberg auf den Wert der Marxschen Analyse für die Beseitigung der feudalen Produktionsverhältnisse in den Entwicklungsländern aufmerksam und weist dabei insbesondere auf die bereits von Marx klargelegten zwangsläufigen gesellschaftlichen Umwandlungen hin. Wenn in diesen Ländern in wesentlichen Punkten andere Reaktionen festzustellen seien, als früher in den europäischen Staaten, so sei das auch darauf zurückzuführen, daß der Staat heute die Auswirkungen der Industrialisierungsprozesse analysiert, um sich rechtzeitig damit auseinandersetzen zu können. Hierzu sollten nach Meinung Sternbergs der Marxsche Text und die Marxsche Methode fruchtbar gemacht werden.

Hervorzuheben ist die klare und knappe Darstellung besonders im ersten Aufsatz. Recht eindrucksvoll und überzeugend hat Sternberg hier auf die auch bei uns in der Zukunft zu erwartenden Rückwirkungen einer fortschreitenden Industrialisierung der Entwicklungsländer hingewiesen. Uns ist damit eine Warnung erteilt worden, die auf die europäischen Industrie- und Arbeitsmärkte zukommenden strukturellen Umwälzungen sorgfältig zu beachten und uns rechtzeitig darauf einzustellen, um die Früchte der zweiten industriellen Revolution nicht mit zu hohen Kosten bezahlen zu müssen. Allerdings gehören viele von den Folgerungen, die sich nach Sternbergs Meinung aus Marxschen Feststellungen ergeben, heute zur allgemeinen Kenntnis, ohne daß wir es immer für nötig befinden, politische Thesen auf die umfangreichen und uns in der Begriffsbildung ungewohnten (oder nur: terminologisch schwierigen) Analysen des alten Karl Marx zu stützen.